



Lebenshilfe
Wetzlar-Weilburg e.V.

Forderungen anlässlich der Bundestagswahl

Entwicklung eines inklusiven Kinder- und Jugendgesetzes

Seit Jahren laufen die Vorarbeiten für eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe (Sozialgesetzbuch Acht bzw. SGB VIII). Mit dieser Reform soll das Jugendamt für alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung zuständig werden. Familien mit einem behinderten Kind sollen unabhängig von der Art der Beeinträchtigung alle Hilfen künftig von einem Amt erhalten. Doppelbegutachtungen, Verschiebungen aufgrund unklarer Zuständigkeiten von Behörden und mangelhafte Beratungen könnten dann endlich der Vergangenheit angehören.

Wir fordern... das zeitnahe Wiederaufnehmen der Arbeiten am Inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetz (IKJHG) im Sommer 2025 und dessen Verabschiedung von Bundestag und Bundesrat.

Wir fordern... die Freistellung von der Heranziehung des Einkommens oder Vermögens der Eltern aller Leistungen der Eingliederungshilfe an Kinder und Jugendliche.

Wir fordern... verbindliche Regelungen zur Schaffung der erforderlichen ambulanten Leistungen insbesondere der Eingliederungshilfe im SGB VIII. Die Verschiebung der Gerichtsbarkeit für alle Leistungen und Hilfen der Kinder- und Jugendhilfe aus der Verwaltungs- in die Sozialgerichtsbarkeit.

Reform des Werkstatteinkommens

Wir setzen uns für ein auskömmliches, transparentes und nachhaltiges Entgeltsystem im Interesse der Menschen in den Werkstätten ein. Werkstätten zeigen immer wieder, wie sie mit innovativen Ideen Teilhabe an Arbeit, Bildung und Gesellschaft mitgestalten. Doch obwohl eine Studie zum Entgeltsystem in Werkstätten bereits im Herbst 2023 abgeschlossen wurde und ein Aktionsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vorliegt, wurde bisher noch kein entsprechender Gesetzentwurf veröffentlicht.

Wir fordern von der künftigen Bundesregierung eine entsprechende Reform des Werkstatteinkommens.

Eintreten für allgemein gültige Menschenrechte

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir setzen uns dafür ein, dass diese elementare Verpflichtung aller staatlichen Gewalt für jeden einzelnen Menschen in unserer Gesellschaft Realität wird. Die universellen, unteilbaren und unveräußerlichen Menschenrechte sind unverzichtbare Grundlage unserer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen vor Diskriminierung, Hass und Gewalt geschützt werden, in der sie selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können, in der Armut und soziale Ungleichheit solidarisch und wirksam bekämpft werden, in der menschenrechtliches Engagement gestärkt und geschützt wird und in der vor Gewalt und Krieg Flüchtende menschenwürdig aufgenommen werden.

Wir fordern, dass alle politisch Verantwortlichen für eine solche menschenrechtsgeleitete Politik aktiv eintreten und ihrer politischen und persönlichen Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden.

Wir ermutigen jede:n Wähler:in, sich bei der Bundestagswahl für eine Gesellschaft zu entscheiden, in der Menschenrechte für alle gelten.